

Beschluss (vorläufig) Kapitel 1: Berlin bleibt lebenswert

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 14.02.2026
Tagesordnungspunkt: 3. Kapitel 1 des Landeswahlprogramms (Klimaschutz, Wärme, Energie, Stadtnatur, Umwelt, Tierschutz, Ernährung, Verbraucher*innenschutz, Sport)

Berlin ist unsere gemeinsame Lebensgrundlage: Großstadt, Naturraum und Zuhause zugleich. Wie wir mit ihr umgehen, entscheidet darüber, ob Berlin auch in Zukunft lebenswert bleibt. Dabei gehören Umwelt- und Klimaschutz soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Nachhaltigkeit gehören für uns untrennbar mit sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit zusammen. Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin widerstandsfähig gegenüber den Folgen der Klimakrise wird und seinen Beitrag zum Erreichen der Pariser Klimaziele leistet: mit konsequentem Klimaschutz, sauberer Energie und einer Stadtentwicklung, die Mensch und Natur gleichermaßen schützt. Dabei sind Klimaschutz und Klimaanpassung für uns ein elementarer Baustein einer resilienten Stadt, in der ein gutes Leben für alle möglich ist.

Deshalb ist es umso fataler, dass die Rückschrittskoalition aus CDU und SPD mit ihrer Haushaltspolitik und falschen Prioritätensetzung dafür sorgt, dass die Klimaziele 2030 nicht mehr zu halten sind, und so faktisch das Ziel, Berlin 2045 klimaneutral zu machen, stark gefährdet. Das geht gegen die Interessen der Bevölkerung, denn die Stadtnatur ist den Berliner*innen wichtig. Dies hat zuletzt die Initiative „Baumentscheid“ gezeigt. Es kann nicht sein, dass es erst, eine starke Zivilbevölkerung braucht, um Umwelt- und Klimaschutz in Berlin durchzusetzen; dies sind Aufgaben, die der Senat selbst in die Hand nehmen muss: es braucht endlich wieder eine Landesregierung, die hier die richtigen Prioritäten setzt! Berlin muss sich ein Vorbild an Hamburg nehmen, das nun schon 2040 klimaneutral sein will. In Regierungsverantwortung werden wir den Fahrplan zur Klimaneutralität und -anpassung auf solide Beine stellen und Prioritäten setzen, um die Ziele schnellstmöglich zu erreichen.

Klima- und Umweltpolitik ist für uns Zukunftspolitik, sondern wirkt konkret im Hier und Jetzt: Sie sichert die Lebensqualität, schützt Gesundheit, schafft neue Chancen - und sie ist für uns auch Gerechtigkeitspolitik. Menschen mit niedrigem Einkommen, Frauen und ältere Menschen spüren in unserer Stadt die ökologischen Folgen am stärksten, obwohl sie deutlich weniger CO₂ verursachen. Deshalb müssen Klimaschutzmaßnahmen dort ansetzen, wo die Belastung am größten ist. Die Klimakrise ist eine Gerechtigkeitskrise. In Berlin wollen wir Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten, unbürokratisch dabei unterstützen, Förderungen wie für Balkonkraftwerke zu nutzen. Wir wollen, dass Berlin als klimaneutrale, soziale Metropole Vorreiterin wird, mit einer Energieversorgung, die sicher, 100% erneuerbar und bezahlbar ist, mit Stadtgrün, das kühlt und Orte der Erholung schafft, und mit Wasser, das in der Stadt gehalten und sorgsam genutzt wird. Berlin soll zeigen, dass mehr Klimaschutz auch mehr qualitativer Wohlstand bedeutet und Voraussetzung für das urbane Leben der Zukunft ist. Investitionen in erneuerbare Energien sind Zukunftsinvestitionen: Sie sorgen für Preisstabilität und schaffen die Voraussetzung für die Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Sie sichern die Freiheit, denn fossile Brennstoffe können vorwiegend von autoritär regierten Staaten bezogen werden.

Klimaschutz endet nicht an der Stadtgrenze und nicht an der Wohnungstür. Er betrifft unseren Alltag: Es geht um saubere Luft, weniger Lärm, den Erhalt der Biodiversität, gesunde Ernährung, wirksamen Tierschutz und faire Produktionsbedingungen. Wir wollen eine Stadt, die Verantwortung übernimmt: für die Menschen, die hier leben, und für die, die unter den Folgen unseres Handelns weltweit leiden. Unsere Umwelt- und Klimapolitik ist dabei nicht nur Zukunftspolitik, sondern leistet einen Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit. Wir setzen auf

43 Kreislaufwirtschaft statt Verschwendung, auf Zusammenarbeit statt Konkurrenz, auf Gemeinwohl
44 statt Profitdenken. So gestalten wir ein Berlin, das klimafest, gerecht und lebenswert
45 bleibt, für uns und für kommende Generationen.

46 1.1. Gerechte Wärmewende – Klimaschutz stärken

47 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin Vorbild für konsequenten und sozial gerechten
48 Klimaschutz wird und seinen Beitrag zu den Pariser Klimazielen leistet. Mit verbindlichen
49 Zielen und klaren Zuständigkeiten machen wir Klimaschutz zur zentralen Aufgabe und bringen
50 Berlin zurück auf den Weg zur Klimaneutralität bis 2040. Dafür werden wir Grüne das Berliner
51 Energie- und Klimaschutzprogramm wieder mit Leben füllen und unter Einbeziehung der
52 Empfehlungen des Klimabürger*innenrates zügig verabschieden. Entscheidend für das Erreichen
53 der Klimaziele ist neben der Verkehrs- eine erfolgreiche Wärmewende – sie ist das Fundament
54 und zugleich eine der größten ökosozialen und ökonomischen Zukunftsaufgaben unserer Stadt.
55 Nur mit konsequenter Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes, der Stromversorgung und der
56 perspektivisch geplanten Stilllegung des Gasnetzes sowie einer sozial gerechten
57 Energiepolitik bleibt Wärme bezahlbar und Berlin zukunftsfähig. Die Erreichung der
58 Klimaziele erfordert ein systematisches und koordiniertes Vorgehen, das Klima konsequent zur
59 Querschnittsaufgabe für den Senat macht. Wir wollen deshalb einen Klima-Check für alle
60 Gesetze und Maßnahmen, damit Klimaschutz in allen Politikfeldern entscheidungsrelevant ist.
61 Und geltendes Recht muss endlich umgesetzt werden: wenn die Vorgaben des Berliner
62 Klimaschutzgesetzes nicht eingehalten werden, müssen zwingend Maßnahmenprogramme erarbeitet
63 und umgesetzt werden.

64 Potenziale der Wärmewende endlich nutzen

65 Derzeit ist Berlin noch immer stark von fossilen Energieträgern abhängig und nutzt die
66 Potenziale erneuerbarer Wärmequellen bisher kaum. Abwärme aus Industrie, Gewerbe und
67 Rechenzentren, Wärme aus Abwasser oder Gewässer und Geothermie bleiben weitgehend
68 unerschlossen. Rund 90 Prozent der Berliner Fernwärme stammen weiterhin aus Erdgas- und
69 Steinkohlekraftwerken, und im Wohnungsbereich entfallen nur etwa sechs Prozent der
70 Wärmeerzeugung auf erneuerbare Energien. Um klimaneutral zu werden, müssen die Wärmenetze
71 konsequent und beschleunigt auf erneuerbare Quellen umgestellt werden. Gleichzeitig muss die
72 Energieeffizienz vorrangig bei den energetisch schlechtesten Gebäuden gesteigert und
73 insbesondere die Sanierungsquote deutlich erhöht werden. Dadurch sollen Mietende vor
74 fossilen Kostenfallen geschützt werden.

75 Für die erfolgreiche Umsetzung der ab 2026 vorliegenden Wärmeplanung müssen Strukturen
76 geschaffen, Hemmnisse beseitigt und Förderinstrumente gestärkt werden. Die Bezirksamter
77 müssen zu handlungsfähigen Steuerungsebenen werden, die Wärmeplanung und Quartierslösungen
78 vor Ort wirksam umsetzen. Wir wollen auf bezirklicher Ebene Wärmewende-Manager*innen als
79 "Kümmerer" für die Quartierswärme finanziell absichern. Um Nahwärmeprojekte zu ermöglichen,
80 sollen die Bezirke, das Land Berlin und der Bund ihre Liegenschaften im Einzugsgebiet der
81 Netze als Ankerkunden einbringen.

82 Neben klassischer Fernwärme sind neue Nahwärmenetze eine sehr effiziente Möglichkeit,
83 erneuerbare Energien und Abwärme zu nutzen und Quartiere gemeinschaftlich klimaneutral zu
84 versorgen. Dabei wollen wir Grüne Nahwärmegenossenschaften gezielt fördern, um eine
85 bürger*innennahe und sozial gerechte Energiewende zu stärken. Die Unterstützung soll sowohl
86 Gründungs- als auch Investitionsförderung umfassen. Wir werden die abgeschaffte

87 Servicestelle energetische Quartierssanierung wieder einrichten, welche auch die Chancen der
88 auf Bundesebene wieder eingeführten energetischen Stadtsanierung optimal bündelt.

89 Mit ergänzenden Förderprogrammen wollen wir den Ausbau von Wärmepumpen vorantreiben –
90 besonders dort, wo sie die beste Lösung sind: in Gebieten mit Ein- und Zweifamilienhäusern.
91 Die Förderung des Einbaus von Wärmepumpen wird von der Bundesregierung zur Debatte gestellt.
92 Um Investitionssicherheit zu bieten, müssen unsere Landesförderungen die bestehenden
93 Programme möglichst ergänzen und Lücken auffangen. Wer weder einen Eigenanteil noch die
94 Vorfinanzierung der KfW leisten kann, darf nicht in der fossilen Kostenfalle hängen bleiben.
95 Wir wollen eigene Förderprogramme bieten, die die Förderung umdrehen: statt Geld
96 vorstrecken, zahlt direkt das Land. Wir bauen zudem die Förderung aus, dass sie z.B. auch
97 für ein bezuschusstes Heizungs-Leasing-Programm oder für Wärme-Contracting-Modelle genutzt
98 werden kann. So können alle bei der energetischen Sanierung und beim Heizungstausch
99 mitmachen, die lieber überschaubare monatliche Raten zahlen anstatt eine größere Investition
100 vorzufinanzieren. Wir prüfen, wie wir Haushalte mit geringem Einkommen direkter unterstützen
101 können, beispielsweise indem Kosten direkt übernommen und nicht erst von den
102 Eigentümer*innen vorgestreckt werden müssen.

103 Durch ein gutes Angebot an Unterstützungsleistungen wie Beratung und ergänzende Förderung,
104 insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen, wollen wir den Ausbau von Wärmepumpen
105 vorantreiben – in Ein- und Zweifamilienhäusern, aber auch in Mehrfamilienhäusern, wo die
106 technischen Voraussetzungen gegeben sind. Kostenfreie und unabhängige Beratungsangebote wie
107 BAUinfo Berlin werden wir als zentrale Anlaufstelle aufbauen und dauerhaft sichern.

108 Die Nutzung von oberflächennaher Geothermie wollen wir erleichtern, Bohrungen auch im
109 öffentlichen Straßenraum ermöglichen und die Aufhebung der Tiefenbegrenzung geothermischer
110 Bohrungen von 100 Metern beibehalten.

111 Klimaneutrale Wärmeversorgung konsequent verwirklichen

112 In den Fernwärmegebieten sind die Betreiber*innen verpflichtet, bis 2045 klimaneutral zu
113 werden – doch die bisherigen Dekarbonisierungspläne genügen diesem Anspruch nicht. Gerade
114 bei der rekommunalisierten Fernwärme hat Berlin die Verantwortung, die Wärmeversorgung
115 konsequent klimaneutral und bezahlbar zu gestalten. Wir lehnen die Verbrennung von Holz in
116 Holzheizkraftwerken ab, da sie in der Realität nicht klimaneutral ist. Aufgrund des enormen
117 Holzbedarfs würde das zudem zu einer Plünderung der Wälder aus unserer Region oder anderen
118 Waldgebieten führen. Auch die geplante Müllverbrennung am Standort Klingenberg ist mit den
119 Zero-Waste-Zielen nicht vereinbar und soll daher reduziert werden. Da grüner Wasserstoff auf
120 absehbare Zeit weder in der erforderlichen Menge noch zu kalkulierbaren Preisen zur
121 Verfügung stehen wird, kommt er für uns in der Wärmeversorgung nicht infrage. Wir werden
122 dafür sorgen, dass die landeseigene Berlin Energie und Wärme GmbH (BEW) in wirklich
123 klimaneutrale Wärmetechnologien investiert und nicht in teure und fossile Sackgassen. Dabei
124 setzen wir insbesondere auf die Nutzung lokal verfügbarer Wärmequellen und effizienter
125 Technologien wie Großwärmepumpen, Tiefengeothermie und Abwärmenutzung wie z. B. aus
126 Datacentern oder dem Abwasser. Die Dekarbonisierung der Fernwärme soll eine klare Priorität
127 vor der Netzerweiterung haben. Die Preisgestaltung der BEW muss transparent sein. Moderne
128 Systeme zur Steuerung von Heizungssystemen senken mit geringem Aufwand Energieverbrauch und
129 Heizkosten. Wir setzen uns für ihren flächendeckenden Einsatz in öffentlichen Gebäuden und
130 bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften ein.

131 Nach der Rekommunalisierung der Fernwärme ist es unser Ziel, die BEW weiter zu
132 demokratisieren. Wir sind davon überzeugt, dass wir die sozialgerechte Wärmewende vor allem
133 dann schaffen, wenn Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven sich daran beteiligen

134 können. Wir wollen deshalb Formen der effektiven und verbindlichen Beteiligung etablieren,
135 die Beschäftigte der BEW, die Berliner Zivilgesellschaft und die Kund*innen aktiv an der
136 Transformation der BEW miteinbezieht.

137 Das Erdgasverteilnetz ist nicht sinnvoll dekarbonisierbar und wird in großen Teilen mittel-
138 bis langfristig nicht mehr gebraucht. Nur dort, wo Industrie- und Gewerbestandorte versorgt
139 werden müssen, die anders nicht klimaneutral werden können, unterstützen wir den teilweisen
140 Umbau des bestehenden Gasnetzes zu einem Wasserstoffnetz mit grünem Wasserstoff.
141 Überflüssige Netzabschnitte sollen schrittweise und sozialverträglich stillgelegt werden.
142 Endkund*innen haben das Recht auf frühzeitige Information und müssen in die
143 Stilllegungsprozesse einbezogen werden. Während der Stilllegung müssen sie vor steigenden
144 Netzkosten geschützt werden. Wir lassen niemanden in der immer teurer werdenden fossilen
145 Abhängigkeit zurück.

146 Wir setzen uns für eine perspektivische Stilllegung des Erdgasnetzes ein und werden dazu mit
147 der GASAG ins Gespräch gehen. Wir bemühen uns deswegen bei der GASAG, dass ihre 25 Prozent
148 Anteilseignerschaft an die Berliner Energieagentur (BEA) überführt werden. Die
149 rekommunalisierte BEA soll im Auftrag des Landes Berlin öffentliche und private Akteure
150 unabhängig mit dem Zielen der Energiewende und der Dekarbonisierung der
151 Energieinfrastrukturen beraten.

152 Die Steigerung der Energieeffizienz ist ein zentraler Baustein der Wärmewende. Gerade bei
153 der energetischen Sanierung müssen wir Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit
154 zusammenbringen: Niemand darf dadurch verdrängt werden. Zugleich muss die Sanierungsquote
155 deutlich steigen. Dafür werden wir Grüne das Förderprogramm „Effiziente GebäudePLUS“
156 wiederbeleben und ein Stufenmodell einführen, das Eigentümer*innen verpflichtet, bei den
157 energetisch schlechtesten Gebäuden zu beginnen und Umlagen auf die Miete stärker deckelt.
158 Ziel ist eine faire Kostenverteilung zwischen Vermieter*innen, öffentlicher Hand und
159 Mieter*innen anstelle der bisherigen Modernisierungsumlage, die keine Garantie für
160 Einsparungen ist. Auf Landesebene prüfen wir zusätzliche Entlastungen für Mieter*innen bei
161 Sanierungsmaßnahmen. Mieter*innen in unsanierten Häusern dürfen nicht den Kostensteigerungen
162 fossiler Brennstoffe ungeschützt ausgesetzt werden. Das Land Berlin soll insbesondere in
163 Milieuschutzgebieten ambitionierte Sanierungen fördern und Gebäudeeigentümer entsprechend
164 beraten. In allen Stadtbezirken werden wir eine starke und unabhängige Energieberatung
165 einführen, die für alle Haushalte mit niedrigem Einkommen kostenfrei ist. Energetische
166 Sanierungen wollen wir unter der Maßgabe gestalten, dass Warmmietenneutralität bei sparsamer
167 Energienutzung möglich ist.

168
169 Als Folge der sich verschärfenden Klimakrise wird die Kühlung von Gebäuden immer wichtiger.
170 Anstelle der meist üblichen Klimaanlage mit ihrem hohen Stromverbrauch setzen wir uns für
171 klimafreundliche Lüftungstechniken und eine stromsparende und gesunde Verdunstungskühlung
172 ein. In allen öffentlichen Einrichtungen werden wir dem Vorrang geben.

173 1.2. Stromwende für Berlin – erneuerbar und sozial

174 Wir Bündnisgrüne wollen, dass die Stadt eine klimaneutrale, sichere und sozial gerechte
175 Energieversorgung erhält. Erneuerbare Energiequellen müssen konsequent ausgebaut werden,
176 damit alle Berliner*innen von der Energiewende profitieren – durch saubere Energie, faire
177 Preise und echte Beteiligungsmöglichkeiten. Unser Ziel ist es, möglichst viel des Berliner
178 Stroms aus Solarenergie zu gewinnen und unseren Beitrag zum Windenergieausbau zu leisten.
179 Mit verbindlichen Ausbauplänen, gezielter Förderung und einer sozial gerechten Gestaltung

180 stellen wir sicher, dass die Energiewende allen zugutekommt – unabhängig davon, ob Menschen
181 Eigentümer*innen oder Mieter*innen sind.

182 Mehr Solaranlagen auf die Dächer und Balkone bringen

183 Berlin hat in den letzten Jahren bewiesen, dass wir bei der Energiewende vorankommen können.
184 Entscheidenden Anteil daran hatten die richtigen Weichenstellungen unter grüner
185 Regierungsbeteiligung. Mit dem Berliner Solargesetz und dem Masterplan Solarcity hat der
186 Ausbau der Photovoltaik endlich Fahrt aufgenommen. Trotzdem schreitet er noch immer zu
187 langsam voran. Obwohl eine gesetzliche Solarpflicht besteht, ist die konsequente
188 Solarnutzung, insbesondere öffentlicher Gebäude, noch immer in weiter Ferne, viele geeignete
189 Dachflächen bleiben ungenutzt. Auch Mieter*innenstrommodelle erreichen trotz der Bemühungen
190 der Berliner Stadtwerke bislang nur wenige Haushalte. Berliner*innen, die mit
191 Balkonsolaranlagen ihren Beitrag leisten wollen, werden von Vermieter*innen noch immer zu
192 oft unnötig und unverhältnismäßig ausgebremst.

193 Mehr Solaranlagen auf die Dächer und Balkone bringen

194 Ein entscheidender Baustein beim Solarausbau ist die Nutzung der Dächer öffentlicher Gebäude
195 für Solarenergie. Um dies sicherzustellen, setzen wir auf einen transparenten Umsetzungsplan
196 mit klaren Prioritäten, Zeitplänen und überprüfbaren Ausbauzielen. Wir stärken die Bezirke
197 und statten sie mit den nötigen Ressourcen aus, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. So
198 sorgen wir für Verbindlichkeit, Tempo und Transparenz beim Solarausbau. Neben alternativen
199 Nutzungskonzepten sollen versiegelte Flächen wie Parkplätze auch für die Gewinnung von
200 Solarenergie erschlossen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass alle öffentlichen Gebäude –
201 soweit technisch möglich – bis 2030 mit Solaranlagen ausgestattet sind.

202 Auch Mieter*innen sollen direkt von der Energiewende profitieren. Deshalb vereinfachen und
203 vereinheitlichen wir die Genehmigungsprozesse für Balkonsolaranlagen in den Landeseigenen
204 Wohnungsunternehmen. Wir wollen Mieter*innenstrom bzw. die Gemeinschaftliche
205 Gebäudeversorgung zum Standard machen, indem wir für vereinfachte Verfahren eintreten, die
206 Förderung auch für kleine Dächer ausweiten und die Vorbildrolle der Landeseigenen
207 Wohnungsunternehmen stärken. Um das Potenzial von Solaranlagen vollständig ausschöpfen zu
208 können, fördern wir zudem auch für Balkonkraftwerke die Ergänzung durch Batteriespeicher.
209 Genossenschaften und Quartierslösungen fördern wir und binden wir ein, damit alle
210 Bewohner*innen von günstigem Solarstrom profitieren. Über die landeseigene Stromnetz Berlin
211 werden wir den Smart Meter Rollout beschleunigen. Dadurch können mehr und mehr Haushalte und
212 Gewerbe von variablen Stromtarifen profitieren. Die Digitalisierung der Netze treiben wir
213 konsequent voran, um die Kosten des Netzausbaus zu senken.

214 Unser Anspruch ist es, alle Potenziale auszuschöpfen und den Anteil von Solarenergie am
215 Berliner Strommix deutlich zu erhöhen. Dafür wollen wir das Förderprogramm SolarPLUS stärken
216 und Klimaschutz stärker gegenüber dem Denkmalschutz gewichten. Auch bauen wir das
217 SolarZentrum Berlin weiter aus und entwickeln es zu einer zentralen Anlaufstelle für
218 Beratung, Unterstützung und Koordination zum Thema Solarausbau.

219 Urbane Windkraftpotenziale erschließen

220 Neben der Solarenergie wollen wir Grüne auch Windkraft konsequent nutzen. Dafür weisen wir
221 nach bundesgesetzlichen Vorgaben Windenergiegebiete aus. Wir konzentrieren uns dabei auf
222 Flächen, die die Errichtung mehrerer Anlagen ermöglichen und ökologisch vertretbar sind wie

223 z.B. auf bereits versiegelten Gewerbe- und Industrieflächen - solange die vorgegebenen
224 Abstände zu Wohngebieten eingehalten werden. Berlins Wälder haben eine Schutz- und
225 Erholungsfunktion und befinden sich im Prozess einer naturnahen Umgestaltung. Deshalb wollen
226 wir in der Regel Gewerbe- und Industrieflächen für Windenergieprojekte nutzen. Um Konflikte
227 mit Natur- und Umweltschutz von vornherein zu minimieren, etablieren wir Runde Tische mit
228 allen relevanten Akteur*innen unter Einbeziehung der Menschen vor Ort. Von den
229 resultierenden Einnahmen sollen Anwohner*innen z.B. über gemeinschaftliche Betriebsmodelle
230 profitieren. Wir wollen auch innovative Windenergieprojekte fördern und Pilotprojekte für
231 Kleinwindräder auf Hochhäusern unterstützen, die ebenso wie Balkonsolaranlagen zur
232 Energiewende beitragen können.

233 Energieverbrauch senken und schneller klimaneutral werden

234 Klimaneutralität erreichen wir nur, wenn wir zugleich sorgsam, effizient und sparsam Energie
235 nutzen. Wir wollen daher das bereits erfolgreich erprobte Modell des Energiespar-Contracting
236 ausbauen und in möglichst allen öffentlichen Einrichtungen neu durchführen. Zugleich wollen
237 wir ein Kooperationsnetz mit Unternehmen bilden, um Energieeinsparungen in Betrieben u.a.
238 durch Energieaudits zu ermitteln und auch zu realisieren.

239 1.3. Klimafeste Stadtnatur – für lebenswerte Orte

240 Berlin ist eine der grünsten Großstädte Europas. Die Stadtnatur reicht von großen
241 Schutzgebieten und Wäldern über Parks, Kleingärten und Friedhöfe bis hin zu grünen
242 Innenhöfen und Stadtbäumen. Zahlreiche Seen, Flüsse und Kanäle prägen das Stadtbild, kühlen
243 die Umgebung und machen Berlin lebenswerter. Doch all diese natürlichen Lebensgrundlagen
244 stehen unter Druck. Die Klimakrise verändert Berlin schon heute spürbar – sie trifft zwar
245 nicht alle gleich, doch sie betrifft uns alle. Hitze, Trockenheit, Stürme und Starkregen
246 nehmen zu und belasten unsere Stadt. All das gefährdet Menschen, Tiere und die Stadtnatur
247 gleichermaßen. Besonders in dicht bebauten und sozial benachteiligten Kiezen oder Siedlungen
248 mit wenig Grün sind Umwelt- und Hitzebelastungen oft deutlich höher. Dort wird Hitze schnell
249 zu einer ernsten Gesundheitsgefahr – für Menschen ebenso wie für Tiere.

250 Die Klimakrise wirft hier v.a. auch Fragen der Umweltgerechtigkeit auf, denn Menschen mit
251 geringem Einkommen tragen in der Regel deutlich weniger zu der Klimakrise bei, sind aber
252 überdurchschnittlich davon betroffen, auch im Falle von Hitzewellen, die für von Armut
253 betroffene Menschen immer mehr zur Lebensgefahr werden. Gleichzeitig haben sie noch immer
254 einen vergleichsweise schlechteren Zugang zum Gesundheitssystem. Hitze, Trockenheit, Stürme
255 und Starkregen nehmen zu und belasten unsere Stadt. All das gefährdet Menschen, Tiere und
256 die Stadtnatur gleichermaßen. Und doch sind nicht alle Menschen gleichermaßen betroffen. Die
257 Klimakrise wirft auch Fragen der Umweltgerechtigkeit auf: Denn in besonders dicht bebauten
258 und sozial benachteiligten Kiezen oder Siedlungen mit wenig Grün sind Umwelt- und
259 Hitzebelastungen oft deutlich höher. Dort wird Hitze schnell zu einer ernsten
260 Gesundheitsgefahr. Auch Menschen in Gemeinschaftsunterkünften, ohne sicheren Wohnraum oder
261 in beengten Wohnverhältnissen trifft die Klimakrise härter. Und das, obwohl Menschen mit
262 geringem Einkommen weniger zur Klimakrise beitragen. Besonders in dicht bebauten und sozial
263 benachteiligten Kiezen mit wenig Grün sind Umwelt- und Hitzebelastungen oft deutlich höher.
264 Dort wird Hitze schnell zu einer ernsten Gesundheitsgefahr – für Menschen ebenso wie für
265 Tiere.

266 Wir Bündnisgrüne wollen Berlin klimafest und zukunftsfähig gestalten. Unser Ziel ist eine
267 Stadt, die sich an die Folgen der Klimakrise anpasst, natürliche Ressourcen schützt und

268 Umweltgerechtigkeit herstellt. Alle Berliner*innen – unabhängig von Wohnort und Einkommen –
269 sollen Zugang zu gut gepflegten Parks, kühlenden Grünflächen und grünen Erholungsräumen
270 haben. Umweltpolitik ist für uns immer auch Sozialpolitik. Deshalb werden wir bei
271 Hitzeentlastung und Grüngestaltung besonderes Augenmerk auf die Kieze legen, wo viele
272 geringverdienende und benachteiligte Haushalte leben. Andere Städte wie Wien oder Paris
273 zeigen, wie Entsiegelung, Begrünung und kluge Stadtplanung die Lebensqualität erhöhen und
274 Hitzebelastungen senken können. Berlin darf hier nicht länger hinterherhinken. Das Berliner
275 Klimaanpassungsgesetz werden wir deshalb ambitioniert und integriert mit dem Berliner
276 Mobilitätsgesetz umsetzen. Die Integration der verschiedenen Nutzungen des öffentlichen
277 Raums wollen wir auch organisatorisch zwischen den zuständigen Stellen verbessern.

278 Die Stadt für Mensch und Natur denken

279 Mit kurzfristig wirksamen Hitzeschutzmaßnahmen werden wir Grüne besonders betroffene
280 Quartiere gezielt entlasten – etwa durch Sonnensegel über Spiel- und Hundelaufplätzen,
281 die Öffnung öffentlicher, klimatisierter Gebäude an heißen Tagen, durch deutlich mehr
282 Trinkwasserbrunnen sowie zusätzliche Trinkmöglichkeiten für Haus- und Wildtiere. In
283 besonders belasteten Quartieren schaffen wir Klimainseln, die mit Schatten, Wasser und
284 Sitzgelegenheiten für sofortige Abkühlung sorgen. Doch klar ist: Kurzfristige Hilfe allein
285 genügt nicht. Wir brauchen einen langfristigen Umbau der Stadt, um sie besser an Hitze,
286 Starkregen und andere Folgen der Klimakrise anzupassen. Wir wollen den Berliner
287 Hitzeaktionsplan jährlich evaluieren und weiterentwickeln. Hierfür braucht es ausreichende
288 Ressourcen und klar geregelte Zuständigkeiten.

289 Wir werden die Entsiegelung deutlich voranbringen und die Stadt begrünen – insbesondere
290 dort, wo es bislang wenig Grün gibt. Berlin braucht ein umfassendes Entsiegelungsprogramm
291 mit dem Ziel, eine Netto-Null-Versiegelung so schnell wie möglich zu erreichen. Deshalb
292 müssen wir jedes Jahr den relativen Anteil an Entsiegelung öffentlicher Flächen deutlich
293 weiter steigern. Überdimensionierte Verkehrsflächen, Außenanlagen von kommunalen
294 Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäusern oder versiegelte Hinterhöfe wollen wir
295 systematisch untersuchen, um geeignete Potenziale für Entsiegelungen zu ermitteln und zu
296 priorisieren. Mit mehr Bäumen, Pocket Parks und Tiny Forests, Rank- und Kletterpflanzen,
297 entsiegelten öffentlichen Plätzen, kühlen Oasen und neuen Grünverbindungen schaffen wir
298 vielfältige Lebensräume für Menschen und Tiere und verbessern spürbar das Stadtklima. Damit
299 wollen wir nicht nur mehr Natur, sondern durch insekten-, vogel- und käferfreundliche
300 Bepflanzung auch mehr Vielfalt in der Natur schaffen. Während der CDU-geführte Senat
301 Baumpflanzungen großspurig ankündigt, setzen wir uns das ambitionierte Ziel, nicht nur eine
302 Million neuer Bäume zu pflanzen, sondern auch dafür zu sorgen, dass Pflege und Unterhalt der
303 Bäume finanziell abgesichert sind. Dazu gehört auch, dass die Baumpflegebudgets erhöht
304 werden. Wir unterstützen das von der Initiative BaumEntscheid eingebrachte und vom
305 Abgeordnetenhaus beschlossene Gesetz und werden für die Umsetzung sorgen.

306 Berlin muss zur Schwammstadt werden: Wir halten Regenwasser in der Stadt, statt es in die
307 überforderte Kanalisation zu leiten – durch Entsiegelung und begrünte Dächer, Regengärten,
308 Versickerungstreifen, auch um Gullys herum (sogenannte grüne Gullys), und Regentonnen. So
309 kühlen wir die Stadt, stärken die Grundwasserneubildung, bewässern das Stadtgrün und
310 schützen unsere Gewässer. Die Berliner Regenwasseragentur ist zentral für ein grüneres,
311 klimaresilientes Berlin. Sie muss ausgebaut, finanziell gestärkt und strukturell
312 weiterentwickelt werden, um dezentrales Regenwassermanagement effektiver zu koordinieren,
313 eigene Projekte umzusetzen und innovative Wassermanagement-Maßnahmen zu fördern. Ziel ist,
314 Regenwasser nachhaltig für Natur und Menschen in Neubau und Bestand nutzbar zu machen.

315 Stadtgrün erhalten und pflegen

316 Wir werden dafür sorgen, dass bestehende Grünflächen dauerhaft gesichert und klimaresilient,
317 bevorzugt mit heimischen Arten, gestaltet werden – und dass neue entstehen.

318 Kaltluftschneisen sollen erhalten und, wo möglich, ausgebaut werden – damit Berlin auch in
319 Zukunft durchatmen kann. Das Tempelhofer Feld, mit seiner herausragenden Bedeutung für das
320 Stadtklima und seiner Funktion als wichtige Kaltluftquelle, Lebensraum zahlreicher Pflanzen-
321 und Tierarten sowie einzigartiger Erholungsort, soll weiterhin geschützt bleiben.

322 Auch Kleingärten sind in der wachsenden Stadt unverzichtbar. Wir Grüne wollen sie erhalten,
323 klimaresilient und naturfreundlich gestalten und besser schützen. Damit alle Berliner*innen
324 profitieren, sollen sich Kleingartenanlagen weiter für die Stadtgesellschaft öffnen und für
325 gemeinschaftliches Gärtnern, Klimaschutzprojekte und Umweltbildung nutzbar gemacht werden.

326 Die Pflege des Stadtgrüns wollen wir konsequent ausbauen. Dafür stärken wir die Straßen- und
327 Grünflächenämter in den Bezirken mit zweckgebundenen Mitteln, damit sie ihre zentrale
328 Aufgabe in der Pflege von Grünflächen und Bäumen erfüllen können. Die Finanzierung des
329 Unterhalts der Grünanlagen passen wir schrittweise an die realen Kosten an und nicht mehr an
330 fiktive Kostensätze. Wir setzen uns für eine umfassende Novellierung der
331 Baumschutzverordnung ein, die den Schutzstatus von Bäumen stärkt und deren Pflege verbessert
332 und nutzen alle Spielräume aus, um den Baumbestand rechtlich besser zu schützen. Wir wollen
333 die Bürger*innen bei ihrem vielfältigen Engagement für das Stadtgrün unterstützen:
334 Baumscheiben sollen ohne Genehmigung bepflanzt werden können, Regentonnen das Gießen von
335 Bäumen und Beeten erleichtern und das Modell „Hausbäume“ soll auf alle Bezirke ausgeweitet
336 werden. Wir unterstützen Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Initiativen und stellen
337 fachliche Beratung und Starthilfen zur Verfügung für mehr private Begrünung und urbane
338 Naturvielfalt.

339 1.4. Lebendige Umwelt – für mehr Vielfalt und 340 Lebensqualität

341 Berlin soll auch in Zukunft artenreich und lebenswert bleiben. Wir Bündnisgrüne setzen uns
342 dafür ein, Natur, Wasser, Luft und Böden konsequent zu schützen und zu regenerieren. Unser
343 Ziel ist eine gesunde Umwelt, die Mensch und Natur verbindet – mit sauberen Gewässern,
344 vitalen Wäldern, lebendiger Stadtnatur und aktiver Beteiligung der Berliner*innen. Doch
345 zunehmender Lärm, Schadstoffe und die wachsende Vermüllung bedrohen unsere Umwelt und
346 mindern die Lebensqualität.

347 Wälder als Lunge der Stadt begreifen

348 Die Berliner Wälder sind mehr als Erholungsorte – sie sind lebenswichtiger Bestandteil
349 unseres Stadtklimas, Filter für Luft und Wasser, Kohlenstoffsinken und Lebensräume für
350 unzählige Arten. Gleichzeitig sind sie massivem Stress durch Hitze, Trockenheit, Stürme und
351 Schadstoffe ausgesetzt. Wir Grüne unterstützen den laufenden Prozess einer Neuorientierung
352 der Berliner Forsten unter Einbeziehung der Umweltverbände, der Wissenschaft und der
353 Zivilgesellschaft. Das gemeinsame Ziel ist ein klimaresilienter, naturnaher Mischwald mit
354 größerer Naturvielfalt und verbesserter Wasserhaltefähigkeit. Wir setzen auf die
355 Naturverjüngung, den konsequenten Erhalt von Altbäumen und dem Belassen von Totholz im Wald.
356 Ein begrenzter Holzeinschlag soll nur dann stattfinden, wenn er der Entwicklung zu einem
357 naturnahen Dauerwald dient. Ein wissenschaftlich angeleitetes Monitoring soll die
358 Waldumwandlung unter Einbeziehung der Waldböden ständig begleiten. Die verbleibenden Moore

359 im Wald sollen erhalten, wieder vernässt und renaturiert werden. Entwässernde
360 Infrastrukturen in und an den Wäldern müssen zurückgebaut werden.

361 Den uneingeschränkten Erhalt der Berliner Wälder wollen wir landesgesetzlich absichern und
362 wollen die Waldflächen erhöhen. Mehr Waldgebiete sollen unter strikten und rechtlich
363 gesicherten Schutz gestellt werden und wir schaffen mehr und größere Naturschutzgebiete. Zur
364 Vorbeugung von Waldbränden werden wir neben technischen Maßnahmen und interdisziplinärer
365 Zusammenarbeit auch ökologische Ansätze wie die Anlage von Schutzstreifen und
366 Waldbrandriegeln durch Beweidung einbeziehen."

367 Biodiversität engagiert schützen

368 Berlin ist auch Lebensraum für unzählige Tier- und Pflanzenarten. Doch der Verlust an
369 Biodiversität ist dramatisch: Lebensräume verschwinden, Arten geraten unter Druck und die
370 natürlichen Ökosysteme verlieren ihre Stabilität. Wir Bündnisgrüne wollen dem entschieden
371 entgegenwirken und werden die Berliner Strategie zur Biologischen Vielfalt 2030+
372 entschlossen umsetzen. Lebensräume sollen erhalten, gepflegt und miteinander vernetzt
373 werden. Ziel ist ein grünes Netz von Biotopverbünden in Berlin, das die Lebensräume von
374 Tier- und Pflanzenarten miteinander verbindet. Wir schaffen Blühwiesen, Insektenkorridore
375 und naturnahe Grünflächen, die als Lebensräume für Bestäuber fungieren. Wir pflanzen Hecken
376 und Sträucher aus heimischen Arten, als Nistplätze und Schutz. Wir wollen flächendeckend
377 sichere Quermöglichkeiten ausbauen und Maßnahmen gegen Lichtverschmutzung und
378 Vogelschlag ergreifen. Zudem werden wir die Wildtierhilfe stärken und das
379 Biodiversitätsmonitoring ausbauen.

380 Berlin wird die Vorgaben der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur aktiv umsetzen.
381 Wir setzen auf aktive Landschaftspflege, die ökologische Funktion, Artenvielfalt und
382 Erholungsqualität in Einklang bringt. Naturschutzräume werden nicht nur ausgewiesen, sondern
383 durch Pflege- und Managementpläne langfristig gesichert. Dazu zählen extensiv genutzte
384 Wiesen, naturnahe Uferbereiche und strukturreiche Waldränder. Wir fördern die
385 Wiederherstellung von Habitatstrukturen wie Totholz, Hecken und kleinräumigen
386 Feuchtgebieten. Wir wollen in Berlin keinen Einsatz von Pestiziden. Als ersten Schritt
387 nutzen wir keine Pflanzenschutzmittel mehr auf landeseigenen Flächen.

388
389 Die Berliner Umwelt- und Naturschutzverbände haben eine wesentliche Funktion für den Erhalt
390 unserer Stadtnatur, ihren Schutz gegen verschiedenste Nutzungsansprüche und für die
391 Umweltbildung. Deshalb werden wir sie weiterhin unterstützen und ihre Beteiligungs- und
392 Klagerechte erhalten.

393 Wasser nachhaltig nutzen und Gewässer aufwerten

394 Wasser ist Leben. Um Berlin vor einer Wasserkrise zu bewahren, müssen wir jetzt handeln.
395 Denn im Zuge der Klimakrise geraten der Wasserkreislauf der Hauptstadtregion und die
396 Wasserversorgung in Berlin immer mehr aus dem Gleichgewicht. Deshalb kommt es jetzt auf
397 entschiedenes Handeln an. Wir entwickeln den Masterplan Wasser unter Beteiligung der
398 Zivilgesellschaft zu einem wirksamen und verbindlichen Instrument weiter. Mit der "Aktion
399 Blau" engagieren wir uns für die Ausweitung naturnaher Gewässerabschnitte und Uferzonen an
400 Spree und Havel, den Seen und den kleinen Berliner Flüssen.

401
402 Um in der fortschreitenden Klimakrise die Trinkwasserversorgung in Berlin weiter zu sichern,
403 wollen wir wirksame Maßnahmen für einen sorgsamen und sparsamen Umgang mit Wasser umsetzen
404 und wo möglich, den Wasserverbrauch reduzieren. Senat, Bezirke und Eigenbetriebe der Stadt

405 sollen im Sommerhalbjahr Grünflächen möglichst in den weniger heißen und sonnenarmen
406 Randzeiten bewässern sowie wassersparende Techniken nutzen, wie z.B. Tröpfchenbewässerung.
407 Private Eigentümer*innen sind aufgerufen, sich auch daran zu orientieren. Zur Bewässerung
408 wollen wir verstärkt Regenwasser verpflichtend machen. Golfplätze sollen nur noch mit
409 Regenwasser bewässert werden. Genehmigungen zur Entnahme von Grundwasser wollen wir vom
410 Grundwasserstand abhängig machen und Entgelt-Freibeträge abbauen.

411
412 Wir schließen die Verfahren zur Festlegung von zulässigen Mengen der Trinkwasserförderung an
413 allen Wasserwerken ab, auch um die Wälder und Waldmoore zu schützen. Nach anspruchsvoller
414 Reinigung wollen wir Wasser aus den Klärwerken wieder in ansonsten trocken fallende
415 Landschaften einleiten. Das stärkt dort auch die Natur und die Vielfalt des Lebens.

416
417 Wir machen uns für die konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) in Berlin
418 stark. Mit der "Aktion Blau" engagieren wir uns für die Ausweitung naturnaher
419 Gewässerabschnitte und Uferzonen an Spree und Havel, an den Seen und den kleinen Berliner
420 Flüssen. Wir setzen uns für die Sanierung der Kleingewässer ein. An allen innerstädtischen
421 Fließgewässern schaffen wir schrittweise naturgerechte Uferkorridore und begrünen künstliche
422 Uferbefestigungen.

423 Die Berliner Wasserbetriebe sollen ihre Rolle im umfassenden Wasserressourcenmanagement
424 weiter ausbauen und die Gewinne für dringend erforderliche Investitionen nutzen können,
425 statt sie an den Landeshaushalt abzuführen. Sauberes Regenwasser wollen wir verstärkt in
426 Kleingewässer einleiten, um deren Austrocknung vorzubeugen. Verschmutztes Regenwasser darf
427 nicht mehr ungefiltert Gewässern zugeführt werden. Wir werden die Abkoppelung von der
428 Mischwasserkanalisation deutlich voranbringen, um unsere Gewässer vor Verschmutzung zu
429 schützen und Wasser in der Stadt zu halten. Wir entwickeln zudem Strategien gegen
430 Mikroplastik und per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS), also sogenannte
431 Ewigkeitschemikalien – mit dem Ziel eines konsequenten PFAS-Verbots. Entsprechende
432 Grenzwerte für die Berliner Wasserversorgung sind konsequent einzuhalten, z.B. mit Blick auf
433 das belastete Wasser in Tegel.

434 Wir treiben einen sparsamen Umgang mit Wasser voran. Grauwasserrecycling soll Standard
435 werden: Gebrauchtes Wasser aus Duschen, Waschbecken und Waschmaschinen wird gesammelt,
436 gereinigt und für die Toilettenspülung und für die Vegetation wiederverwendet. Die Abwärme
437 kann zusätzlich als Energiequelle genutzt werden. Wir begrenzen private
438 Grundwasserentnahmen. Unternehmen mit großem Wasserverbrauch wollen wir transparent machen.
439 Die Wasserwirkung soll bei der Wirtschafts- und Ansiedlungsförderung berücksichtigt und
440 eigene Brunnen von Unternehmen nur noch in Ausnahmefällen erlaubt werden. Hierfür erteilte
441 Ausnahmegenehmigungen sollen öffentlich einsehbar sein. Wir werden Mindestgrundwasserstände
442 festlegen und den Landschaftswasserhaushalt vor weiterer Verschlechterung schützen. Zentral
443 ist, dass in Krisenzeiten der Grundbedarf aller Berliner*innen gedeckt ist. Schwengelpumpen
444 sollen instand gesetzt, in bislang unterversorgten Gebieten neu errichtet und als dezentrale
445 Notwasserversorgung, aber auch zur Wasserversorgung der Straßenbäume und des Stadtgrüns
446 durch Anwohnende gesichert werden. Bisherige Planungen für eine stadtweit gleichmäßige
447 Versorgung mit diesen Pumpen werden wir wieder aufnehmen und umsetzen. Auch wollen wir das
448 pauschale Badeverbot endlich abschaffen und das bereits bestehende
449 Wasserqualitätsmonitoringsystem stadtweit ausbauen, um nach dem Vorbild anderer europäischer
450 Städte das Baden in der Spree zu ermöglichen. Mit dem Spreebaden ermöglichen wir Abkühlung
451 im heißen Stadtzentrum und verpflichten uns selbst dazu die Wasserqualität dauerhaft
452 hochzuhalten.

453 Berliner Luft gesund machen

454 Saubere Luft ist Grundvoraussetzung für Gesundheit, Lebensqualität und intakte Ökosysteme.
455 Das Überschreiten der Grenzwerte in der Berliner Luft nehmen wir nicht hin. Deshalb werden
456 wir die Luftreinhaltepolitik konsequent an den WHO-Luftqualitätsleitlinien und aktuellen
457 wissenschaftlichen Erkenntnissen ausrichten.

458 Mit einem ambitionierten Berliner Luftreinhalteplan werden wir die Belastung durch Feinstaub
459 und Stickoxide in allen Stadtteilen deutlich senken, um die EU-Grenzwerte möglichst schon
460 vor 2030 einzuhalten. Wir beschleunigen den Umstieg auf emissionsfreie Elektrofahrzeuge –
461 beginnend mit den BVG-Bussen. Zentrale Maßnahme ist die schrittweise Einführung einer
462 Nullemissionszone im Sinne des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK) für
463 Fahrzeuge.

464 Die Senkung des Feinstaubes ist die zentrale Herausforderung. Neben den Maßnahmen im Verkehr
465 sollen ab 2030 auf Baustellen in der Nullemissionszone nur noch Maschinen nach modernem
466 Abgasstandard oder mit Rußfiltern eingesetzt werden. Bei Holzheizungen fördern wir die
467 Nachrüstung von Staubabscheidern und machen sie spätestens ab 2030 verbindlich. Das
468 Luftqualitätsmonitoring wollen wir mit modernen Sensoren weiter ausbauen und dabei
469 interessierte Citizen-Science-Initiativen einbeziehen, um die Belastungen flächendeckend zu
470 erfassen und die Wirksamkeit der Maßnahmen kontinuierlich zu überprüfen, sowie deren
471 Akzeptanz in der Stadtgesellschaft zu erhöhen.

472 Privates Feuerwerk flächendeckend verbieten

473 Wir setzen uns weiter konsequent für ein ganzjähriges und flächendeckendes
474 Feuerwerksverkaufs- und Böllerverbot ein, um Mensch, Tier und Umwelt zu schützen. An
475 Silvester und zu weiteren besonderen Anlässen soll es alternativ zentral organisierte
476 umweltfreundliche Lichtshows geben.

477 Sauberkeit und Nachhaltigkeit stärken

478 Wir machen Berlin sauber: Wir Bündnisgrüne wollen die Reinigung von Straßen und Grünanlagen
479 deutlich ausweiten und setzen uns dafür ein, dass die Berliner Stadtreinigung (BSR) mit
480 ihren hohen Qualitätsstandards zukünftig alle Parks und Spielplätze reinigt, um die
481 Aufenthaltsqualität für die Berliner*innen zu steigern. Das Programm der Parkläufer*innen
482 und Kiezmanager*innen wollen wir fortführen und dauerhaft sichern. Diese Fachkräfte tragen
483 maßgeblich zur Sicherheit und einem respektvollen Miteinander in unseren Grünanlagen bei.
484 Die mehrmals im Jahr stattfindenden BSR-Kieztage wollen wir zeitlich besser an den Alltag der
485 Menschen anpassen, insbesondere durch häufigere Termine an Wochenenden. Allen Berliner
486 Haushalten möchten wir einmal im Jahr eine kostenfreie Sperrmüll-Entsorgung ermöglichen.
487 Zusätzlich setzen wir uns für vierteljährliche Sperrmülltage ein, an denen Sperrmüll
488 niedrigschwellig entsorgt werden kann. Wir unterstützen Initiativen und Bürger*innen, die
489 sich vor Ort um den öffentlichen Raum kümmern, denn wir wissen: Je mehr die Berliner*innen
490 selbst Verantwortung für ihren Raum übernehmen, desto erfolgreicher ist der Kampf gegen den
491 Müll. Deshalb wollen wir auch neue Formen der Mitverantwortung erproben, etwa durch ein
492 Pilotprojekt "Mein Stück Berlin", bei dem Anwohner*innen freiwillige Patenschaften für
493 Straßenabschnitte oder Grünflächen übernehmen können.

494 Der beste Müll ist aber der, der erst gar nicht entsteht. Deswegen setzen wir auf
495 Abfallvermeidung und Ressourcenschonung. Wir führen eine Steuer auf Einwegverpackungen,-
496 geschirr und -besteck ein, die den Umstieg auf Mehrweg fördert. Wir stärken flächendeckend

497 Repair-Cafés, Tausch- und Sharing-Plattformen, Re-Use-Kaufhäuser sowie weitere
 498 Geschäftsmodelle der Kreislaufwirtschaft und setzen die Zero-Waste-Strategie konsequent um.
 499 Textilien für soziale Zwecke zu sammeln, muss weiter möglich sein. Wir prüfen, wie
 500 gemeinwohlorientierte Sammler*innen dabei unterstützt werden können. Der Trend zu
 501 Wegwerfmode (Fast Fashion) muss begrenzt werden und die Bundesebene die von der EU
 502 angekündigte erweiterte Herstellerverantwortung der Textilproduzenten zügig umsetzen. Ein
 503 funktionierendes Reparatursystem stärkt die Verbraucher*innen und reduziert Abfall.
 504 Bioabfälle sollen vollständig über die Biotonne erfasst und in Biogas und Kompost
 505 umgewandelt werden. Die getrennte Sammlung wird verbindlich und die BSR sowie private
 506 Entsorger*innen werden verpflichtet, die nötigen Anlagen auszubauen. Um der illegalen
 507 Entsorgung im öffentlichen Raum zu begegnen, verpflichten wir die BSR, an den Recyclinghöfen
 508 alle Arten von Müll anzunehmen und erlauben ihr im Gegenzug entsprechende
 509 Entsorgungsgebühren zu erheben. Wir Grüne wollen das Recycling und die Wiederverwendung von
 510 Altholz deutlich ausbauen und verbessern.

511 Alle Maßnahmen zur Sauberkeit und Abfallvermeidung müssen öffentlichkeitswirksam,
 512 verständlich und mehrsprachig kommuniziert werden. Nur wenn Angebote bekannt sind und
 513 nachvollziehbar erklärt werden, können sie ihre Wirkung entfalten.

514 Wissen über Umwelt und Klima vermitteln

515 Wir werden die Bildungsarbeit im Bereich der nachhaltigen Entwicklung weiter stärken.
 516 Gartenarbeitsschulen sollen erhalten, Umweltbildungszentren und -projekte ausgebaut und das
 517 Stadtnaturranger*innen-Programm ausgeweitet werden. Wir wollen Umweltbildung in allen
 518 Bezirken fest verankern und eine zentrale Stabsstelle für Bildung für nachhaltige
 519 Entwicklung beim Senat einrichten. Wir schaffen flächendeckend naturnahe Schul- und Kitahöfe
 520 und weitere Naturerfahrungsräume, die gesunde Aufenthaltsräume für Kinder und Jugendliche
 521 bieten, Artenvielfalt fördern und zugleich spielerisch Umwelt- und Klimabildung ermöglichen.
 522 Ergänzend soll Berlin ein „Klimahaus“ als zentralen Bildungs- und Begegnungsort für
 523 Klimaschutz, Umweltwissen und Teilhabe erhalten.

524 Umweltschutz als gemeinsame Aufgabe umsetzen

525 Der Schutz von Klima, Natur und Umwelt ist auch eine regionale Aufgabe. Fragen der
 526 Trinkwasserversorgung oder der Gewässerqualität von Spree und Havel können nur gemeinsam von
 527 Berlin, dem Land Brandenburg und unseren Nachbargemeinden gelöst werden. Dafür brauchen wir
 528 eine enge Zusammenarbeit und Arbeits- und Erfahrungsaustausch. Wichtig ist uns die Förderung
 529 und Entwicklung der acht länderübergreifenden Regionalparks, insbesondere im Naturpark
 530 Barnim und im Regionalpark Barnimer Feldmark. Wir schlagen vor, dass der Naturpark Barnim
 531 und der Regionalpark Barnimer Feldmark zu Biosphärenreservaten nach den Regeln der UNESCO
 532 ausgewiesen werden.

533 Berlin hat mit seinen in Brandenburg gelegenen Stadtgütern eine besondere Verantwortung und
 534 Chance. Wir wollen, dass sie beispielgebend für eine Verflechtung von umweltschonender
 535 Landwirtschaft, artenreicher Landschaftsgestaltung und von Standorten für erneuerbare
 536 Energiegewinnung werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Stärkung der
 537 Direktvermarktung bio-regionaler Produkte, insbesondere aus Brandenburg, in der
 538 Hauptstadtregion ein.

539 1.5. Echter Tierschutz – konsequent und wirksam

540 Tiere gehören zu Berlin: Sie leben in Haushalten, in Parks, in Grünanlagen, auf Bauernhöfen,
541 in Hinterhöfen, im Tierheim, in Wildtierstationen und Laboren. Doch viele von ihnen sind
542 nicht ausreichend geschützt. Unser Ziel ist ein Berlin, in dem Tiere geachtet und geschützt
543 werden, Leid vermieden wird und Menschen Verantwortung übernehmen. Tierschutzpolitik darf
544 nicht erst greifen, wenn es zu spät ist, sondern muss frühzeitig wirken. Wir Bündnisgrüne
545 wollen, dass Tiere in Berlin als Lebewesen mit eigenem Wert anerkannt und entsprechend
546 professionell geschützt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Tiere rechtlich nicht länger
547 als Sachen behandelt werden. Berlin übernimmt Verantwortung, indem wir uns für eine wirksame
548 Weiterentwicklung des Tierschutzrechts stark machen.

549 Verlässlich für den Tierschutz handeln

550 Wir wollen Tierschutz wieder stärken, indem wir das Amt einer*ines unabhängigen und
551 weisungsfreien Landestierschutzbeauftragten endlich gesetzlich verankern und mit eigenem
552 Budget und ausreichend Personal ausstatten. Das Tierschutzverbandsklagerecht muss gestärkt
553 und die Mitwirkungsrechte qualifiziert werden.

554 Die Finanzierung von Tierheim, Tiertafel und Wildtierstationen soll dauerhaft gesichert
555 werden – ergänzt durch einen Notfallfonds für akute Versorgungslagen – und als soziale
556 Leistung Anerkennung finden. Viele Bereiche des Tierschutzes in Berlin werden derzeit
557 überwiegend ehrenamtlich getragen, wir wollen diese weiterhin nachhaltig unterstützen.
558 Wir unterstützen die Forderung nach einem Tierheimeuro, damit das Berliner Tierheim Fund-
559 und sichergestellte Tiere auch künftig zuverlässig und kostendeckend versorgen kann. Für
560 mehr Tierschutz und Sicherheit schaffen wir die ungerechte Rasseliste ab und führen einen
561 verpflichtenden Hundeführerschein ein. Um den illegalen Welpenhandel zu bekämpfen, führen
562 wir im Berliner Hunderegister ein verpflichtendes Herkunftsnachweis-Feld ein. So schützen
563 wir Tiere vor Leid und erschweren kriminelle Geschäfte.

564 Maßnahmen für Tiere der Stadt ergreifen

565 In Zusammenarbeit mit den Bezirken und Initiativen wollen wir Grüne ein tierschutzgerechtes
566 Stadttubenmanagement mit betreuten Taubenschlägen, tierärztlicher Versorgung und
567 Eieraustausch flächendeckend etablieren, um den Taubennachwuchs deutlich zu reduzieren.
568 Tierschutzwidrige Abwehrmaßnahmen wie Spikes oder Vergrämungsmittel ohne fachliche Prüfung
569 lehnen wir strikt ab. Ferner wollen wir sichere Trinkgelegenheiten für Stadt- und Wildtiere
570 in den Bezirken schaffen, die langfristig in verbindliche Planungsrichtlinien einfließen.

571
572 Wir wollen landeseigene Wohnungsbaugesellschaften verpflichten, beim Umgang mit sogenannten
573 Schadnagern konsequent auf präventive Maßnahmen zu setzen. Dazu gehören insbesondere die
574 Behebung baulicher Mängel und andere vorbeugende Schritte, um Befall dauerhaft zu vermeiden
575 und den Einsatz kostenintensiver, umweltbelastender und tierschutzproblematischer
576 Bekämpfungsmaßnahmen möglichst zu reduzieren.

577 Tiere, wie zum Beispiel Sperlinge oder Fledermäuse, müssen bei Baumaßnahmen geschützt und
578 die Einhaltung von Vorschriften besser durchgesetzt werden – energetische Sanierung darf
579 nicht mehr im Widerspruch zum Gebäudebrüterschutz stehen und Lebensräume müssen erhalten
580 bzw. wirksam ersetzt werden.

581 Für Wildtiere soll eine zentrale Koordinierungsstelle entstehen, begleitet von einem
582 Förderprogramm für Nistkästen und andere Schutzmaßnahmen sowie gesetzlich abgesichert durch

583 ein umfassendes Wildtierschutzsystem. Schließlich wollen wir das Landesjagd- und
584 Naturschutzgesetz novellieren, um einerseits Wildtiere besser zu schützen und andererseits
585 dort, wo sich Mensch und Tier begegnen, eine möglichst konfliktfreie Koexistenz zu sichern.
586 Die in 2025 beschlossene Abschaffung der Schonzeiten für Waschbären und Nutrias machen wir
587 rückgängig.

588 Den Bienenschutz wollen wir durch eine gesicherte Finanzierung der
589 Bienenkoordinierungsstelle und ein kontinuierliches Monitoring von Bienen und Bestäubern
590 stärken. Zugleich möchten wir stabile Strukturen und Förderprogramme für Bienen dauerhaft
591 sichern. Für ein zentrales Register zur Meldung von Seuchen und invasiven Arten und der
592 Bekämpfung dieser wollen wir die Bienenkoordinierungsstelle stärken. Außerdem sollen
593 Imker*innen über die Koordinierungsstelle beim Thema Aus- und Fortbildungsangebote
594 unterstützt werden.

595 Forschung tierversuchsfrei entwickeln

596 Berlin soll Vorreiterin für tierversuchsfreie Forschung werden. Wir wollen ein
597 interdisziplinäres Innovationszentrum mit eigener Professur, Förderlinien und
598 Modellprojekten aufbauen sowie einen klaren Fahrplan für den Ausstieg aus Tierversuchen
599 entwickeln. Bis eine tierversuchsfreie Forschung möglich ist, werden wir uns dafür
600 einsetzen, dass Tierversuche streng kontrolliert nur dort eingesetzt werden, wo es
601 tatsächlich noch keine Alternative gibt.

602 Berlin stärkt tierfreie Forschung konsequent und baut Entwicklung, Lehre und Anwendung
603 tierfreier Methoden gezielt aus. Studierende sollen das Recht haben, tierfreie Methoden zu
604 erlernen und entsprechende Abschlüsse zu erwerben. Dafür wollen wir ein interdisziplinäres
605 Innovationszentrum mit eigener Professur, Förderlinien und Modellprojekten aufbauen.

606
607 Wir orientieren uns am international etablierten 3R-Ansatz (Replace, Reduce, Refine) – mit
608 dem Fokus auf Replacement und dem Ziel, Tierversuche schrittweise durch tierfreie Verfahren
609 zu ersetzen. Wo Tierversuche derzeit noch nicht ersetzbar sind, sorgen wir für höchste
610 Tierschutzstandards und die Schaffung von mehr Transparenz. Hier ist uns eine
611 praxistaugliche Umsetzung und die Wahrung der Persönlichkeitsrechte von Forschenden wichtig.

612 Berlin positioniert sich klar gegen jede Absenkung bestehender Tierschutzstandards auf
613 Bundesebene.

614 1.6. Gutes Essen – für alle zugänglich

615 Essen ist zentral für unsere Gesundheit – und weit mehr als eine individuelle Entscheidung.
616 Ernährung prägt unser Wohlbefinden, unser Klima, unsere Umwelt und unser gesellschaftliches
617 Miteinander. In Berlin hängt es jedoch noch immer stark vom Einkommen ab, wie gesund und
618 vielfältig Menschen sich ernähren können. Insbesondere Mangel an Zeit und Geld führen dazu,
619 dass gerade Menschen mit weniger Einkommen schlechtere Voraussetzungen für eine ausgewogene
620 Ernährung haben. So entsteht Ernährungsarmut – mit Folgen für Gesundheit und Teilhabe.
621 Gleichzeitig wünschen sich viele Berliner*innen gesunde und nachhaltige Alternativen – die
622 aber nicht für alle erreichbar sind.

623 Wir Bündnisgrüne wollen das ändern: Alle Berliner*innen sollen Zugang zu gesunder,
624 nachhaltiger und bezahlbarer Ernährung haben – unabhängig vom Geldbeutel. Ernährung ist Teil
625 der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir setzen auf gute Informationen, Infrastruktur und

626 niedrigschwellige Angebote, die Ernährungsarmut vorbeugen und gesunde Ernährung für alle
627 möglich machen.

628 Ernährungsstrategie voranbringen

629 Die Berliner Ernährungsstrategie entwickeln wir weiter und sorgen für ihre konsequente
630 Umsetzung. Gemeinsam mit dem Berliner Ernährungsrat und engagierten Initiativen wollen wir
631 Grüne den Transformationsprozess weiter voranbringen – hin zu mehr Regionalität, fairer
632 Wertschöpfung und gesunder Gemeinschaftsverpflegung.

633 Qualität und Nachhaltigkeit von Gemeinschaftsverpflegung erhöhen

634 Gute Ernährung darf auch dort keine Ausnahme sein, wo Menschen auf öffentliche Versorgung
635 angewiesen sind, wie etwa in Schulen, Kitas, Pflegeeinrichtungen, Geflüchtetenunterkünften
636 und Betrieben. Die Gemeinschaftsverpflegung muss gesund sein und stärker auf pflanzliche,
637 regionale, saisonale, ökologisch und fair produzierte Lebensmittel setzen. Sie spielt eine
638 zentrale Rolle in der Ernährung der Menschen – und kann als Vorbild zeigen, wie nachhaltige
639 und ausgewogene Ernährung im Alltag gelingt. Vegane und kultursensible Angebote sollen keine
640 Nische mehr sein, sondern ein selbstverständlicher Teil des gesamten Angebots – damit die
641 Bedürfnisse aller berücksichtigt werden. Konzepte wie kostenfreies Trinkwasser in allen
642 öffentlichen Einrichtungen und leicht zugängliche LebensMittelPunkte, also offene Orte in
643 den Kiezen, wo überwiegend regionale, hochwertige Nahrungsmittel gehandelt, verarbeitet und
644 gemeinsam gegessen werden, sollen gesunde Ernährung für alle erleichtern.

645 Die Qualität der Gemeinschaftsverpflegung wollen wir durch verbindliche Standards der
646 Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) und eine verbindliche Beteiligung der Gäste, von
647 den BSR-Kantinenbesucher*innen über die Kita-Kinder und deren Eltern bis hin zu den
648 Schüler*innen, verbessern. Große Kantinen möchten wir in die Berliner Ernährungsstrategie
649 miteinbeziehen. Die Initiative „Kantine Zukunft“ wollen wir dauerhaft verankern und
650 finanziell absichern. Mit dem Ziel, die Berliner Gemeinschaftsverpflegung flächendeckend auf
651 gesunde, nachhaltige und schmackhafte Mahlzeiten umzustellen, verstetigen wir sie als
652 zentrales Beratungs- und Kompetenzzentrum. Um eine verlässliche und hochwertige
653 Schulverpflegung sicherzustellen, werden wir die Ausschreibungsverfahren reformieren. Da wo
654 möglich, wollen wir Schulküchen bauen und für die weiterführenden Schulen ein
655 Ernährungskonzept entwickeln.

656 Ernährungsbildung stärken, regionale Kreisläufe fördern

657 Wir Grüne stärken die Ernährungsbildung für alle Altersgruppen ohne Gewichtsdiskriminierung.
658 Food-Campus und Food-Schools mit Lehrküchen und Schulgärten sowie Lernorte für naturnahe
659 Ernährungsbildung in Kitas mit eigenen Kitagärten sollen in allen Bezirken entstehen. Wir
660 fördern urbane Landwirtschaft und starke regionale Lieferketten, um Ernährungssicherheit zu
661 stärken und die Umwelt zu schützen. Kooperationen mit Brandenburg und Polen werden wir
662 ausbauen. Stadtgüter sollen Schritt für Schritt vollständig auf ökologische Landwirtschaft
663 umstellen. Wir unterstützen Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Initiativen und machen
664 Berlin mit neuen Obstbäumen, Sträuchern, Wildkräutern und bodennahen Pflanzen im
665 öffentlichen Raum zu einer „essbaren“ Stadt.

666 Lebensmittelverschwendung wollen wir konsequent reduzieren – von der Produktion bis zum
667 Teller. Dafür verstetigen wir die koordinierende Stelle für Lebensmittelrettung und
668 unterstützen den Aufbau und Erhalt von Kiez-Kühlschränken, in denen Lebensmittel, die sonst

669 verschwendet würden, weitergegeben werden können. Wir fördern die Beratung und Vernetzung
670 lokaler Akteur*innen sowie die Optimierung der Logistik entlang der gesamten
671 Wertschöpfungskette. Lebensmittel zu retten, darf nicht illegal sein. Wir setzen uns deshalb
672 dafür ein, dass Containern legalisiert wird und dass Lebensmittel, die nur noch über eine
673 geringe Haltbarkeit verfügen, preisreduziert anzubieten oder zu spenden.

674 1.7. Starker Verbraucher*innenschutz – digital und 675 sozial

676 Wir Bündnisgrüne setzen uns für starken Verbraucher*innenschutz ein, der Menschen in ihrem
677 Alltag stärkt und ihre Rechte sichert. Alle Berliner*innen sollen klare, verlässliche und
678 leicht verständliche Informationen zu Produkten und Dienstleistungen erhalten – ob beim
679 Einkauf, im Netz, bei der Ernährung oder der Altersvorsorge. Wir wollen Verbraucher*innen
680 befähigen, selbstbestimmt und informiert zu entscheiden, statt sie zu bevormunden. Dazu
681 gehören transparente Herkunftsangaben, faire Preise, verbindliche Siegel und starke Rechte
682 im digitalen Raum.

683 Verbraucher*innenschutz beginnt mit Bildung: Wir fördern Verbraucher*innenbildung in Schulen
684 und außerschulischen Einrichtungen – zu Themen wie Influencer*innen-Marketing, nachhaltigem
685 Konsum, digitaler Sicherheit, Altersvorsorge oder Schuldenprävention. Entsprechende
686 Weiterbildungsangebote an Schulen sollen von gemeinwohlorientierten Interessen geleitet sein
687 – z.B. durch die Verbraucherzentrale in Zusammenarbeit mit Akteuren, die keine monetären
688 Eigeninteressen dabei verfolgen. Gleichzeitig stärken wir die Lebensmittel- und
689 Veterinärüberwachung in den Bezirken und sichern die unabhängige Beratung der
690 Verbraucherzentrale Berlin langfristig – einschließlich des Ausbaus ihres zweiten Standorts
691 in Lichtenberg. Wir möchten das Projekt des aufsuchenden Verbraucherschutzes für
692 Migrant*innen wieder ins Leben rufen, damit Informationen die Breite der Bevölkerung
693 erreichen.

694 Die schwarz-rote Landesregierung hat mit ihrer Haushaltspolitik und falschen Prioritäten
695 zentrale Strukturen des Verbraucher*innenschutzes geschwächt. Wir Grüne stellen sicher, dass
696 die Verbraucherzentrale Berlin und ihre wichtige Arbeit künftig wieder verlässlich
697 finanziert und gestärkt werden – für fairen Verbraucher*innenschutz und echte Wahlfreiheit
698 für alle Berliner*innen.

699 1.8. Sport für alle – nachhaltig, inklusiv und gerecht

700 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin eine Hauptstadt des Sports für alle wird. Sport und
701 Bewegung sollen selbstverständlich in allen Bereichen mitgedacht werden. Sport schafft nicht
702 nur Ausgleich und Gesundheit, sondern auch Begegnung, Teilhabe und sozialen Zusammenhalt.
703 Sportvereine sind Orte des Miteinanders und der demokratischen Teilhabe. Doch der Zugang zu
704 Sport ist ungleich verteilt: In vielen Stadtteilen fehlen wohnortnahe Bewegungsräume,
705 Anlagen sind häufig sanierungsbedürftig, über 50 Sportstätten sind geschlossen und viele
706 nicht barrierefrei. Diskriminierungserfahrungen oder hohe Kosten schließen Menschen aus.

707 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin eine Hauptstadt des Sports für alle wird. Sport und
708 Bewegung sollen selbstverständlich in allen Bereichen mitgedacht werden. Sportstätten sind
709 Teil der Daseinsvorsorge, ökologisch nachhaltig, barrierefrei und für alle zugänglich.

710 Sportangebote ausbauen und zugänglich machen

711 Kinder und Jugendliche müssen sich ausreichend bewegen und schwimmen lernen können. Vereins-
712 und Freizeitsport soll demokratisch, inklusiv, gewaltfrei und diskriminierungsfrei sein. Wir
713 wollen gezielt den Frauen- und Mädchensport, den Sport für trans* und nicht-binäre Menschen,
714 den Inklusionssport sowie Sportangebote für Kinder und Jugendliche und für Senior*innen
715 fördern. Das fängt in der Kita an und geht über den Schulsport bis hin zum Vereinssport.
716 Niedrigschwellige Sportangebote für Kinder und Jugendliche wollen wir ausbauen. Den
717 Schulsport wollen wir stärken, indem wir eine Vielfalt von Sport- und Bewegungskulturen
718 anbieten. Den Frauen- und Mädchensport wollen wir auch durch gezielte Lehrgänge bzw.
719 Fortbildungsangebote stärken, damit mehr FLINTA*-Personen Führungspositionen übernehmen
720 sowie als Trainer*innen oder Übungsleiter*innen tätig werden.

721
722 In Zeiten von Wartelisten und Aufnahmestopps in vielen Sportvereinen insbesondere für Kinder
723 und Jugendliche ist klar: Sporthallen und Sportplätze müssen zuerst dem Vereinssport zur
724 Verfügung stehen. Wo Nutzungskonflikte nicht entstehen, soll aber auch eine Nutzung durch
725 den vereinsungebundenen Sport ermöglicht werden. Dazu wollen wir die Sportanlagen-
726 Nutzungsvorschriften (SPAN) so ändern, dass Vereine mit entsprechendem Angebot künftig eine
727 bessere Chance auf Trainingszeiten erhalten.

728
729 Den vereinsungebundenen Sport wollen wir fördern und z.B. durch Sport im Park das Ausüben
730 von Sportangeboten ermöglichen. Skateparks und andere Sportangebote in Grünanlagen wollen
731 wir so ertüchtigen, dass dort eine professionelle Ausübung des Sports möglich ist - z.B.
732 durch die Errichtung von Toiletten, Umkleiden sowie ausreichend Sitz- und Schattenplätze.

733 Heute sind viele Sportstätten sanierungsbedürftig oder gesperrt, Schwimmbäder nicht überall
734 nutzbar. Wir wollen die Sportstätten inklusiv, multifunktional, ökologisch und nachhaltig
735 sanieren bzw. wo nötig Neubauen. Jahrelange Dauerbaustellen wie beispielsweise beim
736 Paracelsus-Bad in Reinickendorf sind nicht hinnehmbar. Freie Sportgruppen stoßen auf Hürden
737 bei Versicherung und Flächenzugang – und selbst der Vereinssport kann aufgrund des
738 desaströsen Zustands und der Sperrung vieler Hallen nicht zuverlässig stattfinden. Gewalt im
739 Berliner Fußball, vor allem im Männerbereich, bleibt ein Problem. Übungsleiter*innen werden
740 oft nicht angemessen bezahlt, Inklusionssport ist nicht flächendeckend verfügbar. Das nehmen
741 wir nicht hin und werden als Grüne ein Bündel an Maßnahmen ergreifen, um Sport in Berlin
742 endlich wieder allen sicher zugänglich zu machen.

743 Perspektivisch soll die Vergütung von Übungsleiter*innen im Kinder-, Jugend- und
744 Inklusionssport auf 20–25 Euro pro Stunde steigen. Mädchen- und Frauensport wird durch
745 Gender Budgeting und Equal Pay gestärkt. Kinderschutz-Siegel sollen in allen Vereinen mit
746 Jugendsport verpflichtend sein.

747 Die Bundesligaförderung ist ein wertvoller Beitrag zur Unterstützung des Berliner
748 Spitzensportes. Wir wollen die Förderung ausbauen, so dass zukünftig alle Berliner
749 Bundesligisten auch tatsächlich gefördert werden können, wenn sie die Förderbedingungen
750 erfüllen. Darüber hinaus möchten wir das Programm auf Frauenteams in den 2. Bundesligen
751 erweitern, um insbesondere den Frauensport in Berlin zusätzlich zu fördern.“

752
753 Die Eliteschulen des Sports öffnen wir für weitere Talente, auch aus olympischen Sportarten
754 ohne Stützpunkt und nicht-olympischen Sportarten, um dort die Ressourcen bestmöglich zu
755 nutzen und den Sport in seiner ganzen Breite zu fördern. Abschulen auf Grund von fehlenden
756 sportlichen Leistungen soll es nicht mehr geben, sondern allen Schüler*innen bis zu dem von
757 Ihnen gewünschten Abschluss eine Perspektive geboten werden. Sie können beispielsweise zu
758 Trainer*innen ausgebildet werden.

759

760 Das Ehrenamt in vielen Vereinen und Verbänden erreicht zunehmend seine Belastungsgrenzen.
761 Das Programm zur Förderung hauptamtlicher Verwaltungskräfte in Vereinen und Verbänden ist
762 ein wertvoller Beitrag zur Unterstützung des Ehrenamtes. Aber die Hürden sind aktuell zu
763 hoch. Deswegen wollen wir die Fördervereinbarung zwischen dem Land Berlin und dem
764 Landessportbund Berlin so ändern, dass die Mitgliedszahlen, die für eine Förderung benötigt
765 werden, deutlich sinken.

766 Sportevents klimaneutral und sozial verantwortlich umsetzen

767 Berlin ist eine internationale Sport- und Kulturmetropole. Geeignete Sport-
768 Großveranstaltungen stärken die internationale Sichtbarkeit der Stadt und können bei für
769 Berlin gut ausgestalteten Verträgen Investitionen in Infrastruktur, Sportstätten und
770 Stadtentwicklung anstoßen.

771
772 Organisator*innen sollen Sportgroßveranstaltungen bis 2030 klimaneutral und unter Einhaltung
773 menschenrechtlicher Standards planen und umsetzen – mit Bürger*innenbeteiligung, Transparenz
774 und klaren Nachhaltigkeitskriterien. Sie sollen verbindlich Abfallvermeidung, faire
775 Arbeitsbedingungen und transparente Klimabilanzen vorweisen.

776 Öffentliche Gelder dürfen nicht zur Absicherung privater Profite im kommerziellen
777 Spitzensport eingesetzt werden. Berlin beteiligt sich nur dann an der Ausrichtung von
778 Sportgroßveranstaltungen, wenn Kosten, Risiken und Erträge fair verteilt sind. Veranstalter
779 und Sportverbände müssen die durch solche Events entstehenden Kosten für Sicherheit,
780 Verkehr, Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen verbindlich mittragen;
781 Steuerbefreiungen, Gebührenerlässe und andere Sonderprivilegien schließen wir aus. Wir
782 setzen uns dafür ein, dass die Kosten sportlicher Großveranstaltungen nicht zu Lasten des
783 Breitensports gehen.

784 E-Sport und Gaming sind Teil der Berliner Jugend- und Alltagskultur – wir fördern
785 gemeinnützige Strukturen, Medienkompetenz, Diversität und einen nachhaltigen, fairen E-
786 Sport-Standort. Werbung für Sportwetten soll eingeschränkt, Glücksspielprävention an Schulen
787 ausgebaut werden. Wir fordern eine öffentliche Kampagne zu den Risiken von Glücksspiel und
788 entsprechende Aufklärungsarbeit durch den Landessportbund Berlin, klare Warnhinweise bei
789 Glücksspiel-Werbung und ein Verbot von Glücksspielwerbung für gemeinnützige Vereine.

790 So gut wir den olympischen Gedanken finden, eine Bewerbung Berlins für die Olympischen und
791 Paralympischen Spiele ist zum jetzigen Zeitpunkt weder ökologisch noch sozial verantwortbar.
792 Der Bewerbungsprozess des Senats ist intransparent, kostenintensiv und ein unnötiger
793 innerdeutscher Wettbewerb, der durch bessere Planung und Steuerung hätte vermieden werden
794 können. Hinzu kommt, dass auch das Internationale Olympische Komitee seit Jahren zu Recht in
795 der Kritik steht. Strukturelle Demokratiedefizite, mangelnde Transparenz, unzureichende
796 Mitbestimmung von Athlet*innen sowie eine schwache menschenrechtliche Verantwortung prägen
797 das System der Olympischen Spiele. Außerdem hinterlassen Großereignisse dieser Art leider
798 enorme ökologische Fußabdrücke. Auch ökonomisch ist Olympia ein riskantes Projekt: Die
799 Kosten explodieren regelmäßig, während die versprochenen langfristigen Gewinne für Stadt und
800 Bevölkerung ausbleiben. Zudem droht eine Bewerbung soziale Ungerechtigkeiten zu vertiefen,
801 da steigende Mieten, Verdrängung und Sicherheitsmaßnahmen oft auf Kosten derjenigen gehen,
802 die ohnehin am stärksten belastet sind. Wir Bündnisgrüne setzen uns daher entschieden gegen
803 die laufende Berliner Olympia-Bewerbung ein – für ein nachhaltiges, soziales und
804 lebenswertes Berlin statt kurzfristiger Prestigeprojekte.

805 Sportinfrastruktur barrierefrei und klimaneutral ausbauen

806 Durch eine sinnvolle Sportstätten-Entwicklungsplanung und die Unterstützung der Bezirke bei
807 der Umsetzung werden wir ein berlinweites Netz barrierefreier, klimaneutraler Sportstätten
808 schaffen. Beispielsweise sollen Roll- und Eissportanlagen inklusiv ausgebaut werden, um
809 Sportarten wie z.B. Rollstuhlbasketball und Para-Eishockey zu fördern. Wir schließen
810 Versorgungslücken, wie beispielsweise in Marzahn-Hellersdorf. Mindestens drei inklusive
811 Sportstätten pro Bezirk sollen entstehen, und frei zugängliche Sportflächen wie
812 Basketballkörbe, Calisthenics-Anlagen und Tischtennisplatten werden ausgebaut. Wir stärken
813 die Bürger*innen-Beteiligung bei der Planung neuer Sportflächen und wollen dadurch Räume und
814 Angebote schaffen, die die Teilhabe und Nutzung dieser Flächen insbesondere durch FLINTA-
815 Personen, die bisher unterdurchschnittlich von solchen Flächen profitieren, aktiv fördert.

816 Auch neu errichtete Typensporthallen müssen bei der Barrierefreiheit modernen Standards
817 entsprechen. Als baufachliche Leitlinie wollen wir den „Kriterienkatalog Inklusive
818 Sportstätten“ verbindlich festlegen. Kunstrasenplätze sollen ohne Mikroplastik-Infill und
819 recyclingfähig gebaut, Eisflächen modernisiert und zukünftig klimaneutral betrieben werden.
820 Abwärme von Kälteanlagen wollen wir sinnvoll nutzen.

821 Die Vergabe der Sportstätten soll gerecht, digital und transparent nachvollziehbar sein.
822 Außengelände von Schulen sollen nach Schulschluss zugänglich sein. Sport im Freien soll –
823 unter Berücksichtigung des Lärmschutzes – auch abends möglich sein. Mit Hilfe einer
824 Schlechtwetterstrategie für Skateboardanlagen und Co. soll erarbeitet werden, wie
825 Überdachungen genutzt werden oder gebaut werden können.

826 Schwimmenlernen flächendeckend ermöglichen

827 Wir Grüne wollen alle Bezirke mit sanierten, barrierefreien und ökologisch nachhaltigen
828 Schwimmbädern ausstatten und sicherstellen, dass jedes Kind in Berlin schwimmen lernt. Dazu
829 aktivieren wir Schulschwimmszentren und schaffen zusätzliche Ferienkurse. Wir wollen
830 zusätzliche Wasserzeiten schaffen und damit auch mehr separate Schwimmunterrichtsangebote
831 sowie Schwimmzeiten für Frauen und Mädchen bzw. FLINTA-Personen ermöglichen.

832 Die Berliner Bäder werden energetisch saniert, um Strom- und Wärmeversorgung zu optimieren
833 und die Kosten zu senken. Dabei sollen regelmäßig Systeme zur Rückgewinnung der Wärme aus
834 dem Abwasser und der Abluft der Bäder zum Einsatz kommen. Schwimmbäder sind wichtige
835 Freizeit- und Sportstätten für alle Berliner*innen. Doch in Berlin mangelt es an
836 Schwimmbädern, weshalb wir eine Schwimmbadoffensive starten und Bäder schnell Neubauen und
837 wiedereröffnen. Besonders in Bezirken mit fehlender Infrastruktur wird gezielt investiert,
838 damit Schwimmen keine Frage des Wohnorts ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass es
839 endlich ein Freibad in Marzahn-Hellersdorf, dem einzigen Bezirk ohne Sommerbad, gibt. Für
840 Freiwilligendienstleistende wollen wir den Eintritt in Schwimm- und Freibäder kostenfrei
841 ermöglichen und für Schüler*innen so gestalten, dass er fair und für alle bezahlbar ist. Wir
842 werden die gestrichenen Schwimmbusse wieder ermöglichen und dauerhaft überall, wo sie
843 benötigt werden, absichern.

844
845 Die Entscheidungen der Bäderbetriebe müssen dringend transparenter werden. Die Bezirke
846 müssen bei wichtigen Entscheidungen konsequent miteinbezogen werden. Wir setzen uns deshalb
847 für eine obligatorische Präsenzpflicht der Bäderbetriebe in allen Beiratssitzungen und die
848 Berufung von Öffentlichkeitsvertreter*innen ein. Ein Veto-Recht der Bezirksvertreter*innen
849 bei Investitions- und preispolitischen Entscheidungen prüfen wir.

850 Stadien als Orte des Zusammenkommens fördern

851 Profisport soll sichere und inklusive Räume für alle Fans bieten. Wir Bündnisgrüne setzen
852 uns dafür ein, dass Stadien Orte der Begegnung bleiben, in denen Gewalt und Diskriminierung
853 keinen Platz haben. Dafür wollen wir präventive Maßnahmen, wie Fanarbeit, Awareness-
854 Strukturen und Konflikttraining weiterentwickeln und stärken.

855 Veranstalter, Vereine und Verbände, insbesondere DFL und DFB, tragen Verantwortung für die
856 Situation im Stadion: Sie müssen präventive Strukturen nicht nur organisatorisch, sondern
857 auch finanziell unterstützen. So werden Eskalationen frühzeitig verhindert und Stadien zu
858 sicheren, inklusiven Orten für alle Fans.

859 Die Einstufung von Spielen als Hochrisikospielen muss nach klaren, transparenten Kriterien
860 erfolgen, welche nachvollziehbar und überprüfbar sind. Für die zusätzlichen
861 Sicherheitskosten bei solchen Spielen wollen wir uns auf Bundesebene für alternative
862 Finanzierungsmodelle einsetzen.

863 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 1)

864 Wenn Dächer zu Kraftwerken werden – Solarpflicht auf öffentlichen
865 Gebäuden konsequent umsetzen

866 Wir Bündnisgrüne machen Berlins Dächer zu Kraftwerken für die Energiewende. Öffentliche
867 Gebäude müssen konsequent mit Solaranlagen ausgestattet werden – verbindlich, transparent
868 und überprüfbar. Ein klarer Umsetzungsplan legt Prioritäten, Zeitpläne und jährliche
869 Ausbauziele fest, um Fortschritte nachzuvollziehen, mögliche Hindernisse frühzeitig zu
870 erkennen und Anpassungen im Umsetzungsprozess vorzunehmen. So senken wir langfristig
871 Energiekosten, entlasten den Haushalt und bringen Berlin beim Klimaschutz auf Kurs.

872 Eine Million Bäume für Berlin

873 Berlin hat enormes ungenutztes Potenzial für mehr Stadtgrün – auf Höfen, Firmengeländen und
874 öffentlichen Plätzen. Wir Bündnisgrüne wollen dieses Potenzial heben. Unser Ziel: eine
875 Million Bäume für Berlin. Deshalb werden wir das BäumePlus-Gesetz konsequent umsetzen. Wir
876 schaffen klare Verantwortlichkeiten in der Verwaltung, begleiten die Umsetzung engmaschig
877 und ermöglichen es den Straßen- und Grünflächenämtern, ihrer Aufgabe nachzukommen. Vorrangig
878 sollen klimaresiliente Bäume in Hitze-Hotspots, auf stark versiegelten Flächen und in dicht
879 bebauten Kiezen gepflanzt werden. Auch bei Straßenbäumen achten wir auf Biodiversität. Durch
880 innovative Lösungen wie Wurzelkammersysteme kommen Straßenplanungen mit deutlich weniger
881 Fällungen aus. Damit die Bäume dauerhaft gedeihen, sorgen wir für verlässliche Pflege, kluge
882 Regenwassernutzung und innovative Beteiligungs- und Kooperationsmodelle. Dazu werden wir
883 gemeinsam mit Landesunternehmen und privaten Akteur*innen geeignete Pflanzflächen
884 identifizieren und Begrünung verbindlich in Bau- und Sanierungsprojekte integrieren. Ein
885 landesweiter Fonds für Stadtgrün soll die Finanzierung langfristig sichern. Durch ein
886 digitales Baumkataster und Patenschaftsprogramme binden wir Bürger*innen aktiv in Pflanzung
887 und Pflege ein und machen Fortschritte transparent. So wächst Berlin zur klimaresilienten,
888 biodiversen und lebenswerten Metropole mit einer Million neuer Bäume heran.

889 Für eine saubere, lebenswerte Stadt – zusammen mit der Berliner
890 Stadtreinigung (BSR)

891 Wir machen die Lösung von Berlins Müllproblem zur Priorität. Dafür werden wir schnell eine
892 stadtweite Verpackungssteuer einführen, die den Verpackungsmüll merklich reduzieren wird.
893 Aber wir hören bei Müllreduzierung nicht auf. Jeder Berliner Haushalt soll künftig einmal im
894 Jahr Anspruch auf eine kostenfreie Sperrmüllabholung durch die BSR haben. So ermöglichen wir
895 eine unkomplizierte und fachgerechte Entsorgung – auch für Menschen ohne Auto. Das entlastet
896 die Kieze von illegal abgelagertem Müll und stärkt den fairen Zugang zu städtischen
897 Dienstleistungen. Darüber hinaus wollen wir Grüne, dass die BSR ihr Know-how und ihre hohen
898 Standards künftig auch bei der Reinigung von allen Spielplätzen und Grünanlagen sowie
899 besonders verschmutzten Ecken der Stadt einbringt. Wo die BSR Verantwortung trägt, wird
900 regelmäßig gereinigt, Müll fachgerecht entsorgt und die Sauberkeit verlässlich gesichert. So
901 schaffen wir saubere, lebenswerte Stadträume und entlasten gleichzeitig die bezirklichen
902 Grünflächenämter. Deren Gärtner*innen gewinnen wieder Zeit, um sich auf ihre eigentliche
903 Aufgabe zu konzentrieren: die Pflege von Pflanzen, Beeten und Wiesen – für ein grüneres und
904 schöneres Berlin.